

Zeitschrift: Geistesfreiheit
Herausgeber: Freigeistige Vereinigung der Schweiz
Band: 4 (1925)
Heft: 3

Artikel: Der Kulturkampf im Elsass
Autor: O.H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-407198>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kirchengeschichte, hebräische Sprache, Erforschung des alten und neuen Testaments müßten wohl auch die Gegner der theologischen Fakultät zugestehen, wie ja solche auch in Frankreich, Holland und Italien errichtet worden sind, und so sei es recht fraglich, ob durch die vorgeschlagene Aenderung überhaupt eine Ersparnis für den Staat erzielt würde. Die Beschneidung der theologischen Fakultät auf eine religionswissenschaftliche Abteilung der philosophischen Fakultät hätte überdies die Seminausbildung der Theologiestudenten, der Pfarrkandidaten zur Folge; der Staat habe aber kein Interesse daran, das theologische Studium einem Predigerseminar zu überweisen und es der Universität zu entziehen, wo die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung auch auf dem Gebiet der Religion am besten gesichert bleibe. — Bemerkenswert war die Stellung, welche die *Katholiken* zur Vorlage einnahmen. Trotz des Liebeswerbens der übrigen bürgerlichen Parteien enthielten sie sich der Stimme. Sie erinnerten daran, daß sie vor einiger Zeit mit ihrer Forderung auf Zulassung der Ordenspersonen zur Lehrtätigkeit auch isoliert dagestanden hätten und wollten daher vorerst einmal zuwarten. So kam es schließlich zum vorläufigen Sieg des kommunistischen Postulates; es wurde mit 56 gegen 52 Stimmen der Regierung zur Prüfung überwiesen. Die Kommunisten haben geschlossen für die Ueberweisung gestimmt, ebenso die Sozialdemokraten mit 3 Enthaltungen. Die Liberalen, die Bürgerpartei, die evangelische Volkspartei und der Grütländer stimmten geschlossen gegen die Ueberweisung, die Radikalen mit einer einzigen Ausnahme. Die Katholiken beharrten, wie gesagt, auf ihrer Neutralität.

Ob mit diesem Resultat auch tatsächlich etwas in der Richtung der weiteren Trennung von Kirche und Staat, wie dies die Linksparteien erstrebten, erreicht sein wird, bleibt vorderhand abzuwarten. Allzuhoch wird man den kommunistischen Erfolg nicht einschätzen dürfen. Trotz des für den Linksblock günstigen Ausgangs der Debatte ist ja das letzte Wort im Großen Rat über diese Angelegenheit noch nicht gesprochen und schließlich wird das Volk noch um sein Ja oder Nein befragt werden müssen. Dieser Volksentscheid wird aber die geplante Neuerung schwerlich gutheißen. Auserst bedauerlich und gefährlich wäre es nur, wenn in der Zukunft der Bürgerblock zur Niederwerfung seiner Gegner — von allen guten Geistern verlassen — die Hilfe der Katholiken dadurch erkaufen wollte, daß er ihnen in der Frage der Zulassung der Ordenspersonen zur Lehrtätigkeit entgegenkäme. Das hieße wirklich den Teufel durch Beelzebub, den Obersten der Teufel austreiben. Wir Freidenker werden uns über die schließliche Ablehnung des kommunistischen Antrages keine grauen Haare wachsen lassen, im Gegenteil. Gewiß, das Postulat Wieser ist konsequent, aber ob es auch gut ist, ist denn doch eine andere Frage. Wir halten dafür, daß es auch im Interesse des freien Gedankens tatsächlich besser ist, wenn unsere jungen Theologen in der wissenschaftlichen Sphäre der Universität ausgebildet werden, als wenn sie in der muffigen Luft eines Predigerseminars zu engherzigen und fanatischen Dienern ihrer Kirche herangezogen und dann mit ihren Scheuklappen auf das Volk losgelassen werden. Die Ausbildung der katholischen Geistlichen, die in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr von den Universitäten in die Priesterseminarien verlegt worden ist, kann dafür lehrreiche und warnende Beispiele liefern. Solange es übrigens die Linksparteien in Basel noch nicht einmal dazu gebracht haben, daß das Schulgebet in den staatlichen Schulen strikte verboten und das Volksschulwesen auf rein weltlicher Grundlage errichtet wird, eilt es auch wirklich nicht mit der Aufhebung der theologischen Fakultät. Es gibt einstweilen entschieden noch Wichtigeres zu tun im Dienste des freien Denkens.

G.

Zu derselben Angelegenheit wird uns ferner geschrieben:

Ein von den Kommunisten im Großen Rat eingebrachtes, lebhaft diskutiertes Postulat, wonach die theologische Fakultät an der Universität abzuschaffen sei, ist dem Regierungsrat überwiesen worden. Für Abschaffung traten außer den Kommunisten die Sozialdemokraten und ein freisinniger Anwalt ein; alle übrigen Bürgerlichen stimmten für Beibehal-

tung, während sich die Katholiken und drei mutige Sozialdemokraten der Stimme enthielten. Auch die Regierung wider setzte sich der Ueberweisung, weil sie einen Beschluß vor Behandlung des Universitätsgesetzes unzweckmäßig finde.

Eine eigentümliche Logik. Als ob nicht gerade vor Behandlung eines Gesetzes Direktiven erwünscht sein müßten.

Die Katholiken, die eigentlich für Aufhebung der protestantischen Pfarrerbildungsanstalt — etwas anderes ist ja die theologische Fakultät nicht — hätten stimmen müssen, haben sich diplomatisch klug enthalten: Es ist zu erwarten, daß sie sogar gegen die Aufhebung stimmen werden, insofern man sich hiefür erkenntlich zeigt. Bereits haben die Katholiken ihr bescheidenes Wünschlein laut werden lassen: Errichtung einer Professur für Patristik oder scholastische Philosophie an der Universität. Das hat gerade noch gefehlt, nachdem bereits unsere philosophische Fakultät sich rühmen kann, den Dualismus in jeglicher Gestalt zu lehren. Doch mit diesem Würstlein wäre, wie dem «Vaterland» von «hochangesehener geistlicher Seite» geschrieben wird, der Hunger der Katholiken keineswegs gestillt. Ihre Forderungen gehen nach dem Schlußpassus des besagten Artikels ein bißchen weiter: «Aus der Ferne scheint es, diese Gegenleistung wäre nicht genügend. Abgesehen davon, daß die Ausschließung katholischer Professoren ohnehin eine Ungerechtigkeit und ein Schaden für die Universität selber ist, wer verbürgt, daß die versprochenen Professoren vollkarätige Katholiken sein würden? Und wäre der katholischen Sache mit diesem Mischmasch groß gedient? Uns will scheinen, die entsprechende Gegenleistung bestünde darin, daß den Katholiken in Basel die Protestanten endlich das geben, was diese in ihrem Sinne schon längst besitzen: Katholische Schulen, seien es freie Schulen mit staatlichem Zuschuß, seien es katholische Schulabteilungen mit staatlichem Charakter, oder wie immer man die Sache kombinieren will. Was in Holland, in England, in Belgien möglich, soll endlich auch in Basel nicht unmöglich sein. Das wäre eine wirklich entsprechende Gegenleistung, obschon auch sie nur eine späte Erfüllung dessen, was längst eine Forderung der Gerechtigkeit gewesen.»

Ob nun gewissen Kreisen endlich die Augen aufgehen? Wir glauben kaum; denn die meisten Voten der frommen Protestanten zeugten allzu sehr von Armut im Geiste.

Die schwarze Hermandad. Ein Fastnachtwitz, man werde den letzten protestantischen Basler Polizisten von Künstlerhand verewigen, hat die Öffentlichkeit neuerdings darauf aufmerksam gemacht, daß der ultramontane Vorsteher des Polizeidepartements größtenteils oder sogar ausschließlich Katholiken einstelle. Die Prüfungskommission des Großen Rates teilt nun zur Beruhigung der Bevölkerung mit, der Polizeidirektor hätte versichert, es werde überhaupt keine Liste über die konfessionelle Zugehörigkeit der Polizisten geführt.

Es mutet denn doch mehr als naiv an, wenn sich die großrätliche Prüfungskommission mit dieser pfiffigen Erklärung abspesen ließ. Als ob den Schwarzen so wenig an der Konfession läge, daß sie sich über derlei Privatsachen überhaupt nicht kümmerten. Warum aber hat der Vorsteher des Polizeidepartements nicht sofort eine Enquête angeordnet, um dem Vorwurf einseitig konfessioneller Bevorzugung zu begegnen? Doch offenbar deshalb, weil eine Statistik den einwandfreien Nachweis hätte erbringen und darlegen müssen, wie die Katholiken, sobald sie an einflußreichen Stellen sind, diese zu ungunsten der andersgläubigen Bevölkerung ausnützen. Allein so weit reichen die Schlüsse der dummen Protestanten nicht, denkt der Polizeigewaltige, und wirkt ungestört weiter im Geiste der Alleinseligmachenden. —r.

Der Kulturkampf im Elsaß.

Die französischen *Kardinäle und Erzbischöfe* haben eine *programmatische Erklärung* veröffentlicht, in der sie die antikerikale Politik der Regierung Herriot verurteilen und gegen die Einführung der interkonfessionellen Staatsschule (Simultanschule, Laienschule) in Elsaß-Lothringen Stellung nehmen. In dieser Erklärung wird u. a. gesagt, daß die Gesetze über die Trennung von Kirche und Staat und über die

konfessionslose Schule den Rechten Gottes (!) und den menschlichen Interessen zuwiderlaufen, und daß die französischen Katholiken die Regierung nur so lange zu unterstützen hätten, als diese ehrlich und loyal für das Wohl aller Bevölkerungskreise besorgt sei. (Wie es dem katholischen Klerus um das Wohl aller Bevölkerungskreise zu tun ist, wo die Macht auf seiner Seite ist, zeigt sich im Konkordatsbayern.) Das Schreiben verbietet den Katholiken die Zugehörigkeit zur sozialistischen, kommunistischen oder anarchistischen Partei, die nicht nur von der Kirche abgelehnt, sondern auch von der reinen Vernunft verdammt werde. Hingegen erlaubt die Kirche ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu den Republikanern, *Royalisten* oder *Bonapartisten*. (Selbstverständlich! Die alte Interessengemeinschaft zwischen Thron und Altar.) Am Schlusse der Erklärung heißt es, es müsse der Politik der Regierung der Krieg erklärt werden; seit langem sei die Gelegenheit hiezu nicht günstiger gewesen, als gerade jetzt.

Diese Erklärung hat in allen politischen Kreisen der französischen Republik großes Aufsehen hervorgerufen. Die radikale und radikal-sozialistische Gruppe der Kammer nahm eine Motion an, in der es u. a. heißt, das Manifest der Kardinäle und Erzbischöfe sei eine wahre Kriegserklärung an die französischen Gesetze, das freie Denken und die Demokratie, ein Aufruf zur Auflehnung gegen das Gesetz, zum Bürgerkrieg. Die Regierung wird ersucht, auf diese Herausforderung durch entschiedene Anwendung der republikanischen und Laiengesetze zu antworten, und die republikanische Bevölkerung eingeladen, sich zu einigen und zu organisieren zum Schutze der öffentlichen Rechte und Freiheiten, gegen welche der engherzige Geist der Intoleranz und des Fanatismus heute mit unerhörter Anmaßung Sturm laufe.

Die katholische Presse will das Manifest lediglich als eine «Abwehrkundgebung gegen die zahlreichen Uebergriffe der Regierung und Verwaltung unter Herriot» darstellen. Es kommt in Paris und in der Provinz zu zahlreichen katholischen Protestversammlungen, an denen sich auch die katholischen Parlamentarier beteiligen. Kardinal Dubois, Erzbischof von Paris, läßt in der Notre-Dame-Kirche die Gläubigen ersuchen, nach der Messe zur Entgegennahme einer Erklärung seinerseits in der Kirche zurückzubleiben, wonach das Manifest der Kardinäle und Erzbischöfe jeder politischen Bedeutung entbehren würde und gänzlich mißverstanden worden wäre. «Es war», sagte er, «eigentlich nur eine dogmatische Definition, eine Katechismuslektion; die Kirche befürwortet alle Freiheiten, im besonders die Religionsfreiheit.» (Die katholische Kirche ist um eine Ausrede, deren dunkeln Sinn außer ihren Vertretern niemand versteht, bekanntlich nie verlegen.) Der päpstliche Nuntius, der (nach Dubois) vom Manifest der hohen Geistlichkeit vor dessen Erlaß so wenig Kenntnis gehabt haben soll wie der Vatikan, hat der Abgabe dieser Erklärung, die auf die ganze Zuhörerschaft einen großen Eindruck gemacht habe, persönlich beigewohnt.

Im Elsaß selbst erließ der Bischof von Straßburg (Charles Ruch) an die seiner Obhut anvertrauten Schäflein im allgemeinen und an die katholischen Familienväter und -mütter im besonders einen *Hirtenbrief*, in dem er mitteilt, daß das «Aktionskomitee für die Verteidigung der religiösen Freiheiten und Traditionen im Elsaß» zum Protest gegen die auf Befehl des Ministerpräsidenten angeordnete Aufhebung der katholischen Volksschulen Colmars und deren Umwandlung in interkonfessionelle Schulen einen allgemeinen *Schulstreik* beschlossen habe. Alle katholischen Eltern werden aufgefordert, Montag, den 16. März (auf diesen Tag war die Umwandlung der konfessionellen Volksschulen Colmars und anderer Städte angesetzt worden) keines ihrer Kinder in die öffentlichen Volksschulen des Ober- und Unterelsaß zu schicken. In Colmar werde der Streik drei Tage, in den übrigen elsässischen Gemeinden einen Tag dauern. Wenn die Verhältnisse es erheischen würden, werde der Streik wieder beginnen und so lange fortgesetzt werden, als es notwendig sei. «Euer Bischof billigt diesen Beschluß rückhaltlos. Er macht ihn zu dem seinigen und beschwört euch, ihn auszuführen, geschlossen und ohne Zögern», heißt es weiter. «Die Einführung der konfessionslosen Schule ist ein Attentat gegen das Gewissen der katholischen Eltern. Man entfernt aus den Schulen die

Sinnbilder unserer Religion; man schafft unsere Gebete und katholische Schulbücher ab. Man zwingt die katholischen Lehrpersonen, ihren Glauben in der Schule zu verheimlichen, oder ersetzt sie durch Lehrpersonal, die unserer Kirche fernstehen. Früh oder spät wird man unsere Lehrschwärmern aus den Schulen vertreiben, denn ihr Kleid ist nicht interkonfessionell... Die Maßnahme (der Regierung) steht im Widerspruch mit dem französischen, in Elsaß-Lothringen geltenden Gesetz... Sie ist eine Verletzung der Freiheit der Eltern. Katholische Väter und Mütter! Das Budget des öffentlichen Unterrichts wird mit euren Steuergeldern gespeist. Die Schule gehört nicht der Freimaurerei und eure Kinder nicht dem Staate. Dieser hat nicht das Recht, euch die Steuergroschen aus der Tasche zu holen, um euren Kindern eine Erziehung aufzuzwingen, von der ihr nichts wissen wollt... Warum will man den mehr als hunderttausend Katholiken Colmars und Straßburgs die interkonfessionelle Schule aufzwingen? Die Urheber dieser Maßnahme erklären es offen: Sie wollen im Elsaß die Einführung der sogenannten neutralen Schulen vorbereiten und beschleunigen, die von den Päpsten und von den 90 Bischöfen Frankreichs als eine Gefahr für den Glauben und für die Sitten bezeichnet worden ist... Katholische Eltern! Die Stunde ist gekommen, gegen die Feinde unserer Religion Front zu machen. Heute müßt ihr dem französischen Staat den Beweis liefern, daß euer Wille unbeugsam ist. Nachdem Hunderttausende von Unterschriften, nachdem die Wünsche der Generalräte und die Stimmen eurer Senatoren und Abgeordneten unbeachtet geblieben sind, bleibt euch nur noch der *Schulstreik* übrig, um die Pläne der Freimaurerei zu nichte zu machen... Katholische Eltern! Wenn die Gewissensfreiheit und die religiösen Rechte eines einzigen Elsässers angetastet werden, dann erheben sich alle seine Glaubensbrüder, um den Verfolger zum Rückzug zu zwingen. Das verdet ihr durch eure Gegenwehr bekunden. Die Gegenwehr ist ein Gebot der Stunde und ein Akt der Notwehr. Sie ist mithin erlaubt und aus diesem Grunde segnet sie euer Bischof».

Wir haben vielleicht etwas lange bei diesem klerikalen «Kulturdokument» verweilt. Es ist aber so charakteristisch, daß wir es dem Leser der «Geistesfreiheit» nicht vorenthalten wollten. Würdig sekundiert wird der streitbare Bischof von Straßburg durch den Präsidenten des Aktionskomitees (Michel Walter), dessen «Aufruf an das christliche Volk», mit dem Hirtenbrief zu einem Flugblatt vereinigt, das Vorgehen des Ministerpräsidenten Herriot als einen Faustschlag für die christliche elsässische Bevölkerung bezeichnet, deren religiöse Ueberzeugung rücksichtslos vergewaltigt werde. «Christliches elsässisches Volk! Zeige dich der Stunde würdig! Die religiöse Zukunft deiner Kinder liegt in deiner Hand. Zeige, daß dein felsenfester, entschlossener Wille stärker ist als jede Maßnahme einer wortbrüchigen antiklerikalen Regierung.»

Inzwischen blieb auch die Gegenpartei nicht untätig. Die Präfekten der neuen Provinzen veröffentlichten ihrerseits Proklamationen, in denen auf den ungesetzlichen Charakter der Aktion der Klerikalen aufmerksam gemacht und an das gesunde Urteil der Bevölkerung appelliert wird. Die gewerkschaftlich organisierten Lehrer der in Frage kommenden Departemente faßten eine Resolution in gleichem Sinne und forderten ihre Kollegen auf, «sich strikte an die amtlichen Verfügungen zu halten, die Namen der fehlbaren Schüler zu notieren und der Behörde anzuzeigen, gegenüber den Herausforderungen die größte Ruhe an den Tag zu legen und der Gewalt, der Unordnung und der Auflehnung mit Würde entgegenzutreten und so der Jugend ein gutes Beispiel zu geben». Herriot selbst erklärte in einer Rede, die er anlässlich der Einweihung eines Denkmals für Jaurès in Castres hielt, er wolle lieber bekämpft werden, weil er seinem Programm treu geblieben sei, als dafür beglückwünscht werden, es zu verraten. Er könne nicht verstehen, wie man dazu komme, seiner Regierung den Vorwurf zu machen, Andersdenkende zu verfolgen. Niemals habe er die Gewissensfreiheit bedroht. Wenn seine Regierung einerseits ausdrücklich das Recht auf Gewissensfreiheit anerkenne, so müsse sie andererseits Protest erheben, wenn man ihr sage, die Wissenschaft und die Freiheit seien Götzen. Als seine Partei in der Opposition gewesen sei, habe sie alles unterlassen, was den Kredit

Frankreichs hätte beeinträchtigen können. Die heutige Opposition verhalte sich in dieser Hinsicht ganz anders. Herriot forderte zum Schluß alle wahren Demokraten auf, einig zu bleiben, und schloß seine Ansprache mit den Worten: «Man wird uns nicht einschüchtern. Ich ziehe vor, die Fahne der Republik von Stürmen umtobt als im Schmutz aufgepflanzt zu sehen.»

In Colmar sagte ein Pfarrer zu den Schulkindern: «Am 16. März werdet ihr streiken, denn man will euch daran hindern Katholiken zu bleiben, und euch mit Juden und Protestanten vermengen. Man will euch das Kruzifix nehmen und euch hindern, Gott zu lieben.»

Und nun der Erfolg der von Seiten der Geistlichkeit und gewisser Lehrer gegen die Laienschule betriebenen Hetze. Viele Kinder haben schon gleich beim Nachhausegehen die an ihre Eltern gerichteten Flugblätter weggeworfen oder zerrissen. Sogar die Aussicht, sich durch den Streik einen schulfreien Tag zu verschaffen, scheint die Kinder nicht verleitet zu haben, da sie sich sagten, daß sie ihre Eltern dadurch nur Unannehmlichkeiten aussetzen würden. Auch wußten sie, daß ihre Kameraden von der Mittelschule deshalb nicht schlechter dran sind als sie, weil auch Protestanten und Israeliten neben ihnen sitzen. Der Schulstreik war denn auch bei weitem kein vollständiger. In Straßburg, Kolmar und Mülhausen soll etwa der vierte Teil der Schüler ausgeblieben sein. In kleineren Städten betrug die Zahl der Streikenden 50 Prozent und in den Dörfern, wo der Einfluß des Pfarrers sehr groß ist und auch die Gemeindevorstände vielfach mit den Klerikalen gehen bis 70 Prozent. Auf dem Lande haben mancherorts Priester und von diesen Fanatisierte sich vor den Schulhäusern eingefunden und die Schüler vom Besuch der Schule abgehalten. In vielen Fällen wurde die Morgenmesse derart ausgedehnt, daß die Schüler notgedrungen zu spät in die Schule kamen. Viele Eltern jedoch, denen am Schulbesuch der Kinder gelegen ist, haben diese bis zu den Schulhäusern begleitet. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, zeigt folgendes: Den Eltern wurde in Aussicht gestellt, daß gutsituierte Leute schon für die Schulstrafen aufkommen würden. Die Kinder wurden von der Messe weg in die Vereinshäuser geschleppt. Schulschwester und andere klerikale Lehrpersonen erklärten den Kindern: «Ihr könnt heimgen, es ist heute keine Schule». Auch mit Bonbons und Schokolade wurden die Kinder «bearbeitet» usw.

Die Bewegung zur Auslösung des Schülerstreiks hat gezeigt, daß auf dem Lande der Einfluß des Klerus und der katholischen Behörden bedeutend ist, während andererseits die Tatsache, daß die Streikparole in den größeren Städten nur einen schwachen Widerhall gefunden hat, beweist, daß ein guter Teil selbst der katholischen Bevölkerung einsichtig genug ist, die Einmischung der Geistlichkeit in das Schulwesen zu verurteilen und dem Pfaffentum die Gefolgschaft im Kampfe gegen den Staat zu verweigern. An dem Verhalten dieses besonnenen Teiles des elsässischen Volkes dürfte der klerikale Ansturm gegen die neutrale Staatsschule für einmal zum Stehen gekommen sein. Bei der Zähigkeit, mit welcher die katholische Kirche ihre herrschsüchtigen Ziele zu verfolgen gewohnt ist, darf man allerdings nicht hoffen, daß sie das Schwert in die Scheide stecke. Die fortschrittliche französische Regierung wird auf der Hut sein müssen. O. H.

Inserieren Sie!

Die „Geistesfreiheit“ ist über die ganze Schweiz verbreitet.

Katholische Geisterbeschwörung.

Man weiß von Indianern, Negern und andern «Wilden», auch von unsern heidnischen Vorfahren, daß sie die Welt von bösen Geistern erfüllt wähten und mit Wasser, Feuer, Kräutern, Talismanen und magischen Sprüchen und Zeichen ihre Wirksamkeit aufzuheben oder die Geister zu vertreiben trachteten. Man nennt diesen Glauben und die daraus hervorgehenden Beschwörungsbemühungen *Aberglauben*, und die christlichen Kirchen halten sich etwas darauf zugute, daß sie

die Menschen aus der Finsternis dieser Irrtümer zum Lichte der Wahrheit, vom Aberglauben zum Glauben, von der Furcht vor Geistern zur Anbetung des Geistes in Gott geführt haben.

Hat diese Emporführung durch die katholische Kirche stattgefunden? Man ist berechtigt, daran zu zweifeln im Hinblick auf die Taufzeremonie und die Zeremonie des Besprengens der Leiche und des Grabes mit Weihwasser.

Denn was bezweckt die Kirche mit der Taufe?

«Bei der Taufe *gebietet* die hl. Kirche wiederholt in *kräftiger Beschwörung* den bösen Geistern, von diesen Kindern zu weichen, damit sie des übernatürlichen Gnadenlebens teilhaftig werden.»

Und was will die Kirche mit der Besprengung der Leiche und des Grabes mit Weihwasser?

Diese Besprengung hat ihren tiefen Sinn. «Die bösen Geister nämlich, welche nach dem Zeugnis der hl. Schrift hienieden gerne an den Stätten der Verwesung ihr Unwesen treiben, sollen durch das geweihte Wasser verscheucht werden.»

Das ist die Auslegung eines kirchenfeindlichen Freidenkers, der den Sinn und Geist der Zeremonie nicht versteht, oder diese absichtlich ins Lächerliche und Absurde mißdeutet!

Gemach, guter Freund.

Aufgelegtes, abergläubisches Heidentum ist das, und damit basta!

Einverstanden, guter Freund, Heidentum! So, wie zitiert, zu finden im *Fastenmandat Sr. Gnaden, des hochw. Herrn ROBERTUS, Bischof von St. Gallen, auf das Jahr 1925.*

E. Br.

Der Propaganda-Fonds

der „Geistesfreiheit“ bedarf der Speisung.

Internationaler Freidenker-Kongreß in Paris.

Wie wir der «Presse», dem offiziellen Organ des ständigen Bureaus der internationalen und nationalen Freidenker-Organisation (Brüssel) entnehmen, findet der Kongreß am 15., 16. und 17. August statt.

Verhandlungsgegenstände:

1. Berichterstattung der verschiedenen Länder, die am Kongreß vertreten sind.
2. Die Schule u. die Religionen (code de morale international).
3. Die Gewissensfreiheit, wie sie gesetzmäßig durch den Staat anerkannt und garantiert ist.
4. Die positive Arbeit des Freidenkertums. Das Freidenkertum und die Kriege.
5. Der internationale Kalender.
6. Die internationale Sprache.

Alle Korrespondenzen, Berichte, Mitteilungen, Auskunft-Anfragen etc., den Kongreß betreffend, sind an den Präsidenten: Dr. M. Terwagne, Rue de l'Ecuyer, 25, Bruxelles zu richten. Die nationalen Sekretariate sind gebeten, dem Präsidenten sofort Bericht zu erstatten über die Situation und die Tätigkeit der freigeistigen Bewegung in ihren Ländern.

Der H. V. hat beschlossen, den Präsidenten an die Tagung abzuordnen. Gesinnungsfreunde, die gesonnen sind, teilzunehmen, sind gebeten, sich mit ihm ins Benehmen zu setzen. Der H. V. würde es sehr begrüßen, wenn sich auch weitere Mitglieder unserer Vereinigung entschließen könnten, den Kongreß zu besuchen.

Gesinnungsfreund, haben Sie der „Geistesfreiheit“ schon einen neuen Abonnenten geworben?

Vermischtes.

«Neun Jahr' alt und schon so verdorben» oder «Das Auge des Kaplans». Kommen da letzthin in einer dritten Primarklasse der Stadt Zürich einige 9 Jahre alte Mädchen zum Lehrer und beklagen sich, «es gehe beim Schulbade unkeusch zu». Darauf hochnotpeinliche Untersuchung von Seite des Lehrers. Folgender Tatbestand wird festgestellt: Einige Mädchen haben beim Umziehen ihr